

Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Herrn Klaus Orth
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

26.02.2008

Abschaffung der Sportstättenbenutzungsentgelte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nach ausführlicher Diskussion in unserer Fraktion und vielen Gesprächen mit dem Stadtsportverband und Sportvereinen in Bergisch Gladbach beantragt die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach, mit der Bitte, diesen Antrag im Rahmen des entsprechenden Tagesordnungspunktes der Ratssitzung am 28.02.2008 sowie der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 08.04.2008 zu behandeln:

- 1. Die 2006 beschlossenen Nutzungsentgelte für städtische Sportstätten werden ab dem 01.01.2008 wieder abgeschafft.**
- 2. Alle Vorhaben für weitere Nutzungsentgelte für städtische Sportstätten, auch von städtischen Eigenbetrieben (Bäder-GmbH) werden nicht weiter verfolgt. Städtische Vertreter in der Bäder-GmbH werden angewiesen, entsprechend zu handeln.**
- 3. Der Bürgermeister verhandelt und trifft Vereinbarungen mit den Vereinen über Pflege und Betreuung der von ihnen genutzten städtischen Sportflächen. Hierbei ist auf die Möglichkeiten der Vereine individuell einzugehen.**
- 4. Die Jugendbeihilfe in Höhe von derzeit acht Euro pro Mitglied bleibt in dieser Höhe erhalten.**

Begründung:

Die ursprünglich als vertretbar eingeschätzte Erhebung der Sportstättennutzungsentgelte hat sich in der Diskussion mit dem Stadtsportverband und den Sportvereinen als falsches Signal an die Vereine und die vielen Ehrenamtlichen erwiesen.

Zudem ist es für viele Sportvereine eine deutliche finanzielle Belastung, da diese klar zwischen Jugend- und Erwachsenensparten trennen. Eine Verknüpfung mit der erhöhten Jugendbeihilfe hat sich daher als falsch erwiesen.

Die Vereine haben erkennen lassen, dass sie in vielen Fällen bereit sein werden, die - teilweise schon praktizierte - Übernahme von Pflege-, Betreuungs- und Erhaltungsarbeiten an von ihnen genutzten Sportstätten vertraglich festzuhalten und somit den städtischen Haushalt darstellbar zu entlasten. Damit müssen die nicht erhobenen Sportstättennutzungsentgelte gegengerechnet werden.

Eine erneute Kürzung der Jugendbeihilfe auf das ursprüngliche Niveau, wie andere Fraktionen vorgeschlagen haben, lehnen wir als falsches Signal ab. Vereine, die sich stark in der Jugendarbeit engagieren, würden somit bestraft.

Wir bitten die Mitglieder des Rates, unseren Antrag zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Mömkes
Fraktionsvorsitzender